Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 485. **Donnerstag** den 22. September 1892. **86. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung,
die Anmeldung der Confirmanden betreffend.

Den Eltern steht die Wahl des Geistlichen, der ihr Kind confirmiren soll, frei.

Es haben die Eltern ihr Kind mündlich oder schriftlich bei dem gewählten Geistlichen anzumelden.

Wenn eine solche Anmeldung unterbleibt, wird das confirmationspflichtige Kind von dem Pfarrer dem betreffenden Bezirksgeistlichen zugewiesen.

Es werden demgemäß die Eltern ersucht, die erforderlichen Anmeldungen zu bewirken, und zwar von **Montag, den 19. September, bis Sonnabend, den 24. September,** in den Stunden **Nachmittags 1—4 Uhr und Sonntag, den 25. September,** in den Stunden **Vormittags 11—½1 und Nachmittags 3—4 Uhr,** und zwar wird Herr Pastor Dr. Seydel die Anmeldungen entgegennehmen in der **Pfarramtsexpedition Kirchplatz 2** und Herr Diak. Schink in seiner **Wohnung Lindenstraße 2.**

Herr Diak. Richter, welcher z. Zt. beurlaubt ist, wird ab 3. October an noch zu bestimmenden Stunden die Anmeldungen entgegennehmen in seiner **Wohnung Möckernsche Straße 5.**

Leipzig-Gohlis, den 19. September 1892. **Das Pfarramt.** Dr. W. Seydel, Pastor.

Das Wesen der heutigen Lage.

Unter regelmäßigen Verhältnissen pflegen bestimmte Ereignisse des Tages die öffentliche Aufmerksamkeit zu beschäftigen, man liest Reden hervorragender Personen, die nach irgendwelcher Richtung klärend wirken oder neue Aussichten eröffnen, mit Interesse, man schöpft daraus Beruhigung oder man macht sich auf drohende Gefahren gefaßt, kurz, man weiß in der Hauptsache, woran man ist und richtet danach sein Verhalten ein. Auf die heutige Lage trifft das nicht zu; wir halten vergeblich Ausschau nach einem festen Puncte, von dem aus sich ein Bild der Lage gewinnen läßt, überall weicht der Boden unter den Füßen, es ist Alles außer Rand und Band. Wir haben weder im Innern einen sichern Rückhalt, der uns berechtigt, der Zukunft fest ins Auge zu blicken, noch haben wir Gewähr dafür, daß wir von außen her von Ueberraschungen verschont bleiben. Unzweifelhaft ist nur, daß wir mit einer Partei zu rechnen haben, welche aus der bestehenden Verwirrung Nutzen ziehen will für Interessen, deren Befriedigung dem deutschen Reich nur zum Nachtheil gereichen kann, zur Erhöhung einer Macht, die Deutschland in keinem Abschnitt seines Daseins und seiner Entwickelung hat zur Ruhe kommen lassen.

Es ist, als ob die Partei, deren Oberhaupt im Vatican thront, ihre höchste Freude über die Sorgen und Kümmernisse empfände, an welchen das deutsche Volk und die meisten anderen Völker der civilisirten Erde zu leiden haben. Wir sind heute weder der nothwendigen Grundlagen einer gedeihlichen inneren Entwickelung sicher, noch haben wir die Zuversicht, daß wir uns nach Ueberwindung der bestehenden Schwierigkeiten unseres Daseins werden in Frieden erfreuen können. Und wer trägt die Schuld an dieser allgemeinen Erschütterung, des Vertrauens? Die Antwort lautet: Das Papstthum mit allen seinen Anhängseln, die von Jesuiten beherrschte römische Curie, die es stets als ihr Vorrecht betrachtet hat, die Welt zu beherrschen, indem sie den internationalen Beziehungen die Wege vorschrieb. Mit solchen Mächten kann man nicht in Frieden leben, man kann nur gegen ihre Anmaßungen bestimmte Schutzwehren aufrichten, die ihnen Halt gebieten und sie verhindern, uns mit ihren Segnungen zu beglücken. Wenn die Hilfe, die uns das Papstthum gegen den Socialismus gewährt, darin bestehen soll, daß wir uns ihm bedingungslos unterwerfen, dann ist es besser, auf diese Hilfe zu verzichten. Des Socialismus können wir uns leichter erwehren, als einer Macht, die unsere Schule beherrschen will und die Bundesgenossen zu diesem Anschlage auf unsere geistige Entwickelung in unseren eigenen Reihen sucht und findet.

Der Socialismus ist durch geistige Waffen nicht zu bekämpfen, weil er einen Kampf der materiellen Interessen darstellt. Alle hochtrabenden Phrasen der Socialistenführer können die Thatsache nicht verdecken, daß die Socialisten nicht nur eine Verbesserung ihrer materiellen Lage anstreben, sondern daß sie den Besitz in die Hände der Besitzlosen bringen wollen.

Was kann die Kirche dazu beitragen, um diese Verhältnisse herbeizuführen oder ihren Eintritt zu verhindern? Die Milderung roher Sitten wird auch durch eine von der Geistlichkeit beherrschte Schule allein nicht erzielt werden; die Initiative dazu muß von der Familie ausgehen, die Arbeiter müssen den Trieb in sich fühlen, ihr Familienleben menschenwürdig zu gestalten, und dazu müssen ihnen die Arbeitgeber behilflich sein. Nur auf diesem Wege kann man die von den socialistischen Lehren vergifteten Arbeiterkreise zu gesunden Anschauungen und zu einer zweckmäßigen Lebenshaltung zurückführen. Die Kirche kann dazu am meisten durch directe Einwirkung auf die Familie beitragen; durch äußeren Zwang ist Niemand religiös zu machen, der Trieb zum religiösen Leben muß vorhanden sein, sonst kann es sich überhaupt nicht entfalten.

Wie die kirchenpolitischen Verhältnisse unsere innere Lage in Deutschland beherrschen, so ist es das Streben des Papstthums, die internationale Lage in die ihm genehmen Bahnen zu lenken. Der Dreibund steht dem Papstthum im Wege, denn er hindert eine Veranstaltung, durch welche der Papst wieder unter die weltlichen Herrscher eingereiht wird. Die internationale Stellung, über welche er gebietet, genügt ihm nicht, er will ein Gebiet für sich haben, auf welchem er der weltliche Souverain ist, um im Rathe der Völker zugleich als solcher in das internationale Getriebe eingreifen zu können, er will nicht außerhalb des europäischen Concerts stehen, sondern auch formell an der Gestaltung der Beziehungen der Völker zu einander mitwirken. Diese Forderung hat einen sehr sachlichen Hintergrund, weil durch die Wiederaufrichtung des Kirchenstaates das Königreich Italien eine recht bedeutende Einbuße an Macht erleiden würde. Schon das Garantiegesetz ist für Italien eine schwere Last, weil dadurch die Möglichkeit zu fortwährenden Streitigkeiten mit dem Papst gegeben ist. Der Streit, ob dieses Gesetz abgeschafft werden kann, ist eine offene Frage. Crispi hat die Frage bejaht, Rudini sie verneint. Die gegenwärtige Lage ist nicht dazu geeignet, die Entscheidung dieser Frage herbeizuführen, aber es kann nicht fehlen, daß dieser Zeitpunct eintreten wird. In der That übt der Papst auch jetzt eine Art von weltlicher Herrschaft aus, denn das Gebiet des Vaticans ist ihm ausschließlich vorbehalten, er hält hof und versammelt um sich ein diplomatisches Corps wie jeder andere weltliche Herrscher.

Rom befindet sich auch heute noch nicht unter der vollen Herrschaft des Königs von Italien, er muß seine Machtbefugnisse mit dem Papste theilen, und von diesem Einfluß kann sich nicht einmal der deutsche Kaiserhof frei machen: sowohl Kaiser Friedrich hat als Kronprinz den Papst aufgesucht und ihm die einem Souverain gebührenden Ehren erwiesen, als auch Kaiser Wilhelm II. ist im Vatican als Gast erschienen. Das ist ein Verhältniß, das auf die Dauer nicht bestehen kann, denn das Oberhaupt der protestantischen Kirche kann nicht mit dem Oberhaupt der katholischen Kirche freundschaftliche Beziehungen pflegen, wenn der Papst die Protestanten als Abtrünnige betrachtet, die früher oder später in den Schooß der katholischen Kirche zurückkehren müssen, wie es Bischof Haffner von Mainz in der Mainzer Katholiken-Versammlung gesagt und wie es Leo XIII. in einem Dankschreiben an den Bischof Haffner gebilligt hat. Das Verhältniß zwischen der katholischen und protestantischen Kirche liegt heute so, daß es auf die Dauer nicht in der bisherigen Form aufrecht erhalten werden kann. Die protestantische Bevölkerung widerstrebt den katholischen Anmaßungen und verlangt nach der vollen Bethätigung der Grundsätze, welche von Luther für das kirchliche Leben aufgestellt worden sind. Der Deutsche will zwischen Religion und Politik streng unterscheiden, während die römische Uebung stets darauf gerichtet gewesen ist, beide mit einander zu vermischen. Aus dieser Verwirrung gilt es, einen Ausweg zu finden; darin besteht das Wesen der heutigen Lage.

Deutsches Reich.

△ **Berlin,** 21. September. Die Choleragefahr hat neben vielen anderen unerwünschten Folgen auch die gehabt, daß die Versammlungen wissenschaftlicher Vereine, welche alljährlich im Monat September abgehalten zu werden pflegen, zum großen Theil ausfielen. Leider hat dies Schicksal auch Vereine getroffen, welche sich zur Aufgabe die Besprechung von Maßregeln gemacht haben, durch welche Epidemien vorgebeugt werden kann. So sollten unter Anderen die Wasserversorgungs-, die Wohnungs- und die Ernährungsfrage behandelt werden, Fragen, deren glückliche Lösung nicht nur von der größten Bedeutung für die körperliche und geistige Gesundheit und Leistungsfähigkeit des Volkes in normalen Zeiten, sondern auch ein besonders wirksames Mittel gegen die Verbreitung vieler Krankheiten bieten würde. Gerade bei der jetzigen Cholera-epidemie in Rußland hat sich wieder deutlich gezeigt, wie der ungenügende Ernährungszustand die Erkrankungsgefahr steigert. Es wäre dankbar zu begrüßen, wenn die neuerlichen trüben Erfahrungen an Stelle der von den Vereinsversammlungen zu erwartenden Anregungen die Gesellschaft und den Staat veranlaßten, den hygienischen Fragen die ihnen gebührende ernstere Aufmerksamkeit zu schenken. Daß dies bezüglich der Wasserversorgung der Städte geschehen wird, kann wohl mit Sicherheit erwartet werden, und auch für die ohnehin seit einiger Zeit lebhafter gewordenen Bemühungen, die im Wohnungswesen obwaltenden gesundheitlichen Mißstände zu beseitigen, dürfte ein weiterer Aufspern gewonnen sein. Aber auch den Bestrebungen, die Volksernährung rationeller zu gestalten, ist dringend ein weiterer Fortgang zu wünschen. Hier empfehlen sich neben der Erleichterung und Verbilligung der Beschaffung von gesunden nährkräftigen Lebensmitteln mündliche Belehrung durch Arbeitgeber, Aerzte und andere Vertrauenspersonen, Abhaltung von öffentlichen Vorträgen, Verbreitung leichtverständlicher kleiner Druckschriften, Einrichtung von Kochschulen für arme Mädchen, endlich Weckung des Verständnisses für die Bedeutung richtiger Ernährung durch die Volksschule, indem man die bei dem Unterricht, insbesondere in der Naturkunde und im Rechnen sich darbietenden Gelegenheiten benutzt, die Kinder über das Nährstoffbedürfniß der Menschen und den Nährstoffgehalt der wichtigsten Volksnahrungsmittel, sowie deren Preise aufzuklären. Wie wir vernehmen, hat die als Hilfsmittel für eine derartige Unterrichts-Ertheilung von Fritz Kalle in Wiesbaden herausgegebene Nahrungsmitteltafel, welche zuerst von der großherzoglich hessischen Regierung ihren Seminaren empfohlen wurde, inzwischen auch die Fürsprache mehrerer anderer staatlicher Unterrichtsverwaltungen gefunden, darunter diejenige des großherzoglich sachsen-weimarischen Ministeriums, welches die sehr zweckmäßige Anordnung traf, daß in dem in der Ausarbeitung begriffenen neuen Rechenbuch für die Volksschulen des Großherzogthums Aufgaben aus dem Gebiete der Ernährungslehre aufzunehmen seien. Hoffentlich folgen die noch ausstehenden deutschen Verwaltungen bald. Wir, die wir sonst so stolz auf unsere Schuleinrichtungen sind, haben uns nach dieser Richtung mehrfach vom Ausland überflügeln lassen.

□ **Berlin,** 21. September. Weil das Genossenschaftswesen und das Controlmarkensystem auf die Tagesordnung des nächsten socialdemokratischen Parteitages gesetzt sind, fürchten die betreffenden Gewerkschaftsführer, daß das System der Controlmarken von vielen Vertretern der Partei vom „hochpolitischen" Standpunct aus auf dem Parteitage werde verurtheilt werden. Deshalb haben die Gewerkschaften, bei denen die Arbeiter-Controlmarke eingeführt ist, beschlossen, mindestens je einen Delegirten auf den Parteitag zu senden. Die Filzschuharbeiter wollen ebenfalls die Controlmarke einführen. Der für den deutschen Schuhmachercongreß in Frankfurt a. M. zu wählende Delegirte soll einen bezüglichen bindenden Auftrag erhalten. — Die socialdemokratische „Elberfelder Freie Presse", die der Opposition schon hübsche Dienste geleistet hat, enthält einen längeren Aufsatz, der die in der socialdemokratischen Partei herrschende Corruption und Unduldsamkeit getreu widerspiegelt. Wir wollen einige Sätze herausgreifen:

„Wer sich heute aufmerksam in unserer Bewegung umsieht, dem tritt — sofern er nur sehen will — ein eigenthümliches Merkmal entgegen, das keineswegs einen freudigen, befriedigenden Eindruck auf ihn hervorbringen kann. Man denke nur an die erbittertsten Kämpfe der Eisenacher Richtung mit den sog. Lassalleanern; man erinnere sich ferner der vernichtenden Kritik, die Marx an dem Programm der deutschen Arbeiterpartei übte. Hat uns dies denn in Wirklichkeit geschadet? Nicht im Geringsten! Gerade die Freiheit, mit welcher die verschiedenen Ansichten debattirt worden sind, und auch die wahrhaft freimüthige Kritik, die wir an unser eigenes Thun und Handeln legten, war das einzige und sicherste Unterpfand unserer geistigen Fortentwickelung; es war das natürliche Merkmal innerer Kraft und Gesundheit. Wie ganz anders ist es dagegen heute! Wie verschieden, gegenüber früheren Jahren, nimmt man heute Meinungsverschiedenheiten unter uns auf! Heute ist man ängstlich bemüht, Alles, was nach einer Kritik unser selbst riecht, sofort zu unterdrücken; Jeden, der es wagt, eine andere Ansicht als die unserer Führer auszusprechen, sucht man sofort als Feind der Partei zu verschreien und spricht ihm das Recht ab, in einer Parteisache ein Urtheil zu fällen. Eine hochgradige Nervosität hat sich, sicheren Anzeichen nach, nicht nur unserer Führer, sondern auch aller Versammlungen besuchenden Genossen bemächtigt, und man könnte fast behaupten, daß jedesmal, wenn eine solche abweichende Meinung irgendwo auftritt, es nur die Mühe der Zuhörenden gekostet ist, und nur in den seltensten Fällen kann bei solchen Gelegenheiten von einer sachlichen Prüfung des Gehörten noch die Rede sein. Man leidet heute ungzweifelhaft überall da, wo Meinungsdifferenzen auftauchen, an der Krankheit, sofort eine Spaltung der Partei zu vermuthen, und meint man, man müsse sogleich alle möglichen und unmöglichen Mittel anwenden, um die „Differenzen" sofort zum Ersticken zu bringen.

Man wird doch nicht gar einwenden wollen, dies sei nicht wahr, oder sei doch übertrieben? Versuche es Jeder erst einmal! Es werden ihm die Dinge zum Bewußtsein kommen, die er in unserer Partei nicht für möglich gehalten hätte. Man wird über ihn herfallen, ihn bekämpfen, nicht so, wie Gesinnungsgenossen, die geheilter Meinung über eine Sache sind, dies thun sollen, nein, wie persönliche und parteipolitische Feinde dies zu thun gewohnt sind. Verleumdungssucht, Unehrlichkeit, Unreinheit der Gedanken und alles Mögliche wird ihm an den Kopf geworfen, und er kommt sich fast vor, als sei er vor ein Bourgeoisiegericht geladen, dem es nun auf alle Fälle darauf ankommt, eine Verurtheilung herbeizuführen. Schwachen Naturen vergeht dafür immer der Appetit, ihr Urtheil über eine Sache vor die Oeffentlichkeit zu bringen. Weiß man denn aber, was man durch solche Manipulationen erzielt? Weiß man, welch große Gefahr für unsere Bewegung man hierdurch heraufbeschwört?

Dadurch, daß man in unseren Reihen den freien Meinungsaustausch behindert, verpönt, gleich man die Bedingungen, daß unsere Lehren zu unabänderlichen Glaubenssätzen erstarren müssen, schafft man die Möglichkeit, daß unsere Bewegung ihre natürliche, urwüchsige Fährte verläßt und in eine künstliche gemachte umschlägt. . . .

Es stellen dann unsere Worte nicht mehr das getreue Spiegelbild unseres Sinnens und Denkens dar, sondern das Bild, das sich dann unter solchen Umständen aus unseren Aeußerungen ergiebt, ist ein verschwommenes, ein falsches. Aber hierin gerade liegt eine große Gefahr für die Partei! Nicht allein, daß dadurch alle zahlreichen Genossen in ihren Urtheilen beirrt und verwirrt gemacht werden, auch unsere Führer — die heute durch ihre Stellung der directen Rathschläge des Volkes mehr und mehr entrückt werden, und die daher ihre Informationen erst wieder aus den Aeußerungen und Kundgebungen der Arbeiter entnehmen müssen — auch die bekommen unrichtige Vorstellungen und werden somit — wenn auch ohne ihren Willen — zu unzutreffenden Urtheilen verleitet. Aber was kann daraus nicht Alles entstehen? Unsere Führer verlieren allmälig den nothwendigen Zusammenhang und das Uebereinstimmende mit unserem Sinnen und Denken (wie dies thatsächlich jetzt schon geschieht! Siehe Vollmar), sie bilden sich ihre besonderen Begriffe, die im Gegensatz mit den unsrigen stehen, und schließlich kommt es noch so weit, daß das, was sie in unserem Namen beantragen, die Vorschläge, die sie machen, die Kampfesmethode, die sie empfehlen, nicht mehr das sind, was sie sein sollen — der directe Impuls des gedrückten arbeitenden Volkes — sondern der hohle Gedankenausdruck unserer Führer verkörpert sich darin, und unsere Bewegung läuft faktisch Gefahr, in eine Bewegung unserer Führer umzuschlagen . . ."

Wie gesagt, diese herbe Kritik steht in einem socialdemokratischen Blatte. — Die socialdemokratische „Thüringer Tribüne" theilt mit, daß der frühere Lehrer Rink in Sonneberg in bewußtlosem Zustande und voller Ungeziefer nach dem Krankenhaus gebracht worden und dort gestorben sei, und die „Schlesische Volkswacht" widmet dem Verstorbenen einen längeren Nekrolog, in dem der „heutigen Gesellschaft" der Vorwurf gemacht wird, sie trage die Schuld daran, daß der „Volksbildner" so elend zu Grunde gegangen. Diesem Vorwurf gegenüber möchten wir daran erinnern, daß der „Volksbildner" nach verschiedenen Entwickelungsstadien endlich Berichterstatter des „Vorwärts" geworden war und in socialdemokratischen Versammlungen als Redner auftrat. Er benahm sich aber so, daß der „Vorwärts" vor ihm warnen mußte, weil er gewerbsmäßig Genossen anpumpe. Daran trägt die „heutige Gesellschaft" die Schuld wohl nicht.

* **Berlin,** 21. September. (Telegramm.) Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Bekanntmachung, wonach der Regierungsrath Müller, bisher in Danzig, als Staatscommissar für die Gesundheitspflege im Stromgebiet der Oder eingesetzt ist.

— Der Vorstand der deutschconservativen Partei tritt der Behauptung entgegen, daß der vor Kurzem von dem Vorsitzenden des Wahlvereins der Deutschen Conservativen erlassene Aufruf an die Vorsitzenden conservativer Vereine gegen die Vereinsgesetzgebung verstoße. Es handle sich dabei lediglich um statistische Erhebungen über den Bestand der der conservativen Partei angehörigen Vereine, um Erhebungen, deren Resultat die Grundlage abgeben soll, auf der die Programmcommission über den Modus der Zusammensetzung des Parteitages sich schlüssig machen wird. Genau solche Erhebungen habe auch der Vorstand der deutschfreisinnigen Partei wiederholt veranstaltet.

— Die Behauptung der „Freis. Ztg." des Abg. Richter, daß sie mit der Behandlung der kaufmännischen Sonntagsruhe anläßlich einer Wahl keine „Geschäftspolitik" treiben wolle, wird von der demokratischen „Frankf. Ztg." in das rechte Licht gerückt. Das genannte Blatt giebt nämlich einfach folgende Notiz der „Freis. Ztg." wieder:

„Gegen jede Abänderung der Bestimmungen über Sonntagsruhe eifert die clericale „Schles. Volksztg." Möge dies der Centrumspartei im Lande wohl bekommen."

— Wir lesen im „Vorwärts":

„Der Umstand, daß unser Münchener Partei-Organ, welches seit etwa fünf Vierteljahren im Verlage von M. Ernst erscheint, vom 1. October ab wieder in den Verlag der Münchener socialdemokratischen Partei übergeben wird, giebt der gegnerischen Presse Anlaß, von einer Beseitigung des Einflusses des Abgeordneten Vollmar auf „sein bisheriges Organ" zu reden. Dieser, auch durch den Telegraphen verbreiteten Sensationsnachricht (?) gegenüber bemerken wir, daß in der socialdemokratischen Partei es nur Zeitungen giebt, welche jedem Parteigenossen zur Wahrnehmung der Partei-Interessen gleichmäßig zur Verfügung stehen. Die „Münchener Post" war deshalb bisher nicht das „Organ des Abgeordneten von Vollmar" und wird dies auch in Zukunft nicht sein; ebenso wenig wie irgendein anderes Parteiblatt das Organ irgendeines anderen Abgeordneten ist oder sein kann. Die socialdemokratische Presse gehört der socialdemokratischen Partei und nicht einzelnen Personen. Was speciell die in München nothwendig gewordene Aenderung in den juristischen Besitzverhältnissen unseres dortigen Parteiorgans anbelangt, so haben dieselben mit der in den letzten Wochen ausgefochtenen Controverse über den Staatssocialismus gar nichts zu thun, vor Allem aber entbehrt die nothwendig gewordene Aenderung jeder Spitze gegen unseren Genossen Vollmar, was wohl am besten sich daraus ergiebt, daß dieser selbst die Neuregelung in Anregung gebracht hat. Mit der „Spaltung in der Socialdemokratie" ist es also wieder einmal nichts."

— Der bremische Senat beantragt die Aufnahme einer neuen Bestimmung in die Verordnungen, betreffend das Auswanderungswesen, wonach der Passagierbeförderer für alle von seinen Angestellten mit den Passagieren oder für solche mit Dritten eingegangenen Vertragsverhältnisse persönlich verantwortlich gemacht wird. Das Gleiche soll von den Agenten und Vermittlern gelten. Diese Bestimmung soll die Mißstände beseitigen, welche sich durch das Freikartenwesen eingeschlichen haben.

— Heute, am 22. September, feiert der Geheime Justizrath Dr. Karl Oetker seinen siebzigsten Geburtstag. Geboren im Jahre 1822 im Kurfürstenthum Hessen, widmete er sich nach bestandener Facultäts- und Staatsprüfung zunächst der akademischen Laufbahn, ging aber bald zum Anwaltstande über. Ende 1848 war er Obergerichts-Anwalt in Cassel und Mitglied und Vorsitzender des Ausschusses der lutherischen Kirche. Vom Jahre 1862 bis zur Annexion seines Heimathlandes gehörte er der kurhessischen Stände-Versammlung an, einer der unerschrockenen Vertheidiger des Verfassungsrechts gegen die Willkürherrschaft des Kurfürsten. Mit den anderen nationalgesinnten Liberalen seiner Heimath schloß er sich der national-liberalen Partei an, zu deren angesehensten und einflußreichsten hessischen Mitgliedern er gehört und mit der er nach 1866 erfolgreich für die Ueberleitung in die neuere Gestalt wirkte. Im Jahre 1871 wurde er zum preußischen Abgeordnetenhause von dem Wahlkreise Rinteln gewählt. Vor wenigen Jahren siedelte er nach Berlin über und ließ sich hier als Rechtsanwalt und Notar beim Kammergericht nieder. Wer je, schreibt die „N.-Z.", die hohe, ungebeugte Gestalt Oetker's im Abgeordnetenhause erblickt hat, wo er mit regem Eifer seinen Pflichten nachkommt, wird überrascht sein, zu erfahren, daß Oetker schon siebzig Jahre zählt. Mit seinen zahlreichen Freunden vereinigen wir uns in dem Wunsche, daß dem verdienstvollen Manne noch ein langes Leben und Wirken beschieden sein möge.

— An Stelle des vor einigen Monaten verstorbenen Oberpräsidenten a. D. Land v. Kleist-Retzow hat das „pommersche Geschlecht v. Kleist" den Major a. D. v. Kleist-Retzow auf Groß-Tychow als Mitglied des Herrenhauses berufen. Mit seiner Berufung wird wieder ein Mandat zum Abgeordnetenhause erledigt. Außer der Familie v. Kleist haben noch die Familien v. d. Goltz-Langheim, v. Alvensleben, v. Schwerin, v. d. Schulenburg, v. d. Osten, v. Bedel, v. Borcke, v. Brockes und v. Arnim, sowie die Grafen v. Königsmarck die Berechtigung, je ein Mitglied in das Herrenhaus entsenden zu dürfen.

— Das Abgeordnetenhaus hat schon wieder ein Mitglied durch den Tod verloren. In Sensburg in Ostpreußen verschied der Landrath Otto v. Schwerin, der 1870—71 und dann ununterbrochen seit 1879 die Kreise Sensburg und Ortelsburg als Mitglied der conservativen Partei im Abgeordnetenhause vertreten hat.

— Der frühere Stationschef von Tabora, Lieutenant Sigl, welcher nach kurzem Aufenthalt in Berlin jetzt wieder nach Wien zurückgekehrt ist, wird sich erst am 26. October von Neapel nach Deutsch-Ostafrika zurückbegeben. Da Lieutenant Sigl dem äußersten ist, den Befehl in Tabora wieder zu übernehmen, so wird man annehmen dürfen, daß die unrichtige Meldung des Beauftragten der deutschen Colonial-Gesellschaft, Herrn Joseph Kindermann, über die gefährdete Lage Taboras jetzt nicht mehr zutreffend ist, da andernfalls Lieutenant Sigl wohl früher, vor Ablauf seines Urlaubs, zurückbeordert worden wäre.

— Nach den Geschäftsergebnissen der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1891 betrugen die von ihnen ausgezahlten Unfallentschädigungen etwa 26 Millionen Mark, von denen der weitaus größte Theil auf die industriellen Genossenschaften entfiel, während die land- und forstwirthschaftlichen nur mit einem geringen Betrage an der Aufbringung dieser Summe betheiligt waren. Es ist, wie die „N. Z." mit Recht betont, eine ganz stattliche Summe, die den durch einen Betriebsunfall verletzten Personen zu Theil wurde, und man muß sie in ihrer ganzen wirthschaftlichen und materiellen Bedeutung würdigen, um die frivolen Behauptungen nach Gebühr begreifen zu können, die noch immer bezüglich der Werthlosigkeit der Unfallversicherungsgesetzgebung von mancher Seite, nicht nur von socialdemokratischer, aufgestellt werden.

— Ein interessantes volksthümliches Unternehmen beabsichtigt der „N. Z." zufolge der Große Berliner Handwerkerverein ins Leben zu rufen. Er geht nämlich mit dem Plane um, die ersten Versuche zur Organisation einer Handwerker-Universität zu machen, die sich an die aus drei Unterrichtsstufen bestehende Fortbildungsschule anschließen soll.

✕ **Erfurt,** 21. September. Es wird uns mitgetheilt, daß die preußische Staatsbahnverwaltung jetzt definitiv es abgelehnt hat, der süddeutschen, vom Publicum allgemein freudig begrüßten Rückfahrkarten-Reform beizutreten.

* **Goslar,** 20. September. In Folge des Ablebens unseres Landtagsabgeordneten Mackensen ist bekanntlich eine Ersatzwahl in unserem Kreise erforderlich. Unser nationalliberaler Verein hatte deshalb am letzten Sonntage im „Deutschen Hause" zu Ringelheim eine Versammlung von national-liberalen Wahlmännern und Vertrauensmännern des Wahlkreises einberufen. Es wurde beschlossen, eine Wahlmännerversammlung unserer Partei in Ringelheim abzuhalten, in welcher der Landtagscandidat bestimmt werden soll. Die Herren Fabrikant Hermann Horn-Goslar, Fabrikant Wilhelm Wenle-Vakenrode und Oekonom Jordan-Holle, die sämmtlich erklärten, auf national-liberalem Boden zu stehen, wurden von der Versammlung als geeignete Candidaten in Vorschlag gebracht. Jeder der drei Herren erklärte, sich der Entscheidung der Wählerversammlung unterwerfen und für den dort aufzustellenden Candidaten eintreten zu wollen.

SLUB
Wir führen Wissen.